

# Der Winter kommt: Keine Zukunft für Einweg-Plastik

**Eine sinkende Plastikproduktion würden dazu beitragen Europas Abhängigkeit von Öl und Gas (auch aus Russland) zu reduzieren**

Das Break Free From Plastic-Bündnis, dem der BUND angehört, hat gemeinsam mit dem Center for International Environmental Law (CIEL) einen neuen [Report veröffentlicht, der aufzeigt, wie viel Gas und Öl, auch aus Russland, in Plastik steckt und wieviel davon durch weniger Kunststoffverpackungen eingespart werden könnte](#). Die Plastikproduktion war im Jahr 2020 für fast 9 % bzw. 8 % des Endverbrauchs von fossilem Gas und Öl in der EU verantwortlich. 2020 wurden 38 % des Gases und 22 % des Öls aus Russland importiert. Die energieintensive petrochemische Industrie ist daher stark von russischen fossilen Brennstoffen abhängig.

Wir haben [hier](#) als Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Empfehlungen zusammen gefasst, durch welche Politikmaßnahmen Deutschland Tausende Tonnen Plastik (und andere öl- und gasintensive Einwegmaterialien) einsparen könnte. In diesem [Mehrweg-Positionspapier](#) des [zivilgesellschaftlichen Bündnisses Exit Plastik](#), dem der BUND ebenfalls angehört, weitere Forderungen zusammengefasst.

## Zusammenfassung des Berichts

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat die Abhängigkeit Europas von fossilen Brennstoffen, insbesondere von russischem Öl und Gas, auf brutale Weise offenbart. Im August 2022, als die Europäische Union (EU) mit der harten Realität von eingeschränkten Lieferungen von fossilen Brennstoffen aus Russland konfrontiert wurde, verpflichteten sich die EU-Mitgliedstaaten, den Gasverbrauch bis zum 31. März 2023 um mindestens 15 % zu senken. Während in Mitgliedstaaten wie Deutschland den privaten Haushalten kommuniziert wird, sie sollen Energie sparen, um den Gesamtverbrauch an fossilen Brennstoffen zu senken, schließt die EU neue Handelsvereinbarungen ab um die Versorgung für die kälteren Monate des Jahres zu sichern, oder prüft neue Lieferverträge - insbesondere mit den Vereinigten Staaten und afrikanischen Ländern wie dem Senegal. Die EU-Regierungen verlangen jedoch von den einzelnen Bürger/innen weitaus mehr Maßnahmen - und Anpassungen - als von den Industriesektoren, die den Löwenanteil der fossilen Rohstoffe und der fossilen Energie verbrauchen. Gleichzeitig ignorieren sie völlig das enorme Potenzial zur Verringerung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe durch eine Reduktion unnötiger Anwendungen von Einwegplastik.

Die petrochemische und die Plastik-Industrie ist die größte Triebkraft für die global steigende Nachfrage nach Öl und Gas, was die Klimakrise und ihre katastrophalen Auswirkungen auf die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen und Ökosysteme anheizt. Wäre dieser Industriezweig ein Land wäre er der drittgrößte Ölverbraucher und der viertgrößte Gasverbraucher der Welt. Dennoch wird dieser Industriezweig mit seinem extrem hohen Verbrauch an fossilen Brennstoffen in den öffentlichen Energie- und Klimadebatten der EU nach wie vor keine Beachtung geschenkt, selbst wenn Europa mit einem gewaltvollen Krieg auf dem Kontinent sowie einer beispiellosen Energiekrise und

katastrophalen Klimaauswirkungen konfrontiert ist. Und das, obwohl es klare und realisierbare Wege gibt, den Verbrauch eines seiner wichtigsten Produkte zu reduzieren: Plastik.

Seit der Veröffentlichung ihrer Kunststoffstrategie im Jahr 2018 und der Verabschiedung der bahnbrechenden Einwegkunststoff-Richtlinie (SUPD) im Jahr 2019 haben die EU und mehrere ihrer Mitgliedstaaten eine führende Rolle im weltweiten Kampf gegen die Plastikverschmutzung übernommen. Diese Führungsrolle wurde insbesondere während des Prozesses der Umweltversammlung der Vereinten Nationen (UNEA) deutlich, der im März 2022 zur Adoption einer historischen Resolution führte, um die Verhandlungen über ein verbindliches globales Abkommen zur Beendigung der Plastikverschmutzung über den gesamten Lebenszyklus von Plastik voranzutreiben. Doch von allen Maßnahmen, die die EU ergriffen hat, um die Plastikverschmutzung an der Quelle zu bekämpfen, zielt keine direkt auf die Plastikproduktion ab. Die Plastikproduktion war im Jahr 2020 für fast 9 % bzw. 8 % des Endverbrauchs von fossilem Gas und Öl in der EU verantwortlich. Ehrgeizige Maßnahmen zur Verringerung des Verbrauchs in allen Sektoren könnten dazu beitragen, die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen in der EU und in Ländern, die in die EU importieren, zu senken. Solche Maßnahmen würden gleichzeitig die Plastikverschmutzung, die Energie- und die Klimakrise bekämpfen. Da der größte Anteil des in der EU produzierten und verbrauchten Plastiks auf Verpackungen entfällt, ist die ambitionierte Umsetzung der SUPD sowie die Förderung von transformativen Maßnahmen durch die Überarbeitung der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle (PPWD) ein wichtiger erster Schritt.

### Wichtigste Erkenntnisse

- Die Plastikproduktion ist bei weitem der größte industrielle Öl-, Gas- und Stromverbraucher in der EU und stellt andere energieintensive Branchen wie Stahl, Automobilbau, Maschinenbau sowie Lebensmittel und Getränke in den Schatten. Sie war 2020 für fast 9 % bzw. 8 % des Endverbrauchs von fossilem Gas und Öl in der EU verantwortlich. Das entspricht etwa dem gesamten Gasverbrauch der Niederlande sowie fast dem gesamten Ölverbrauch Italiens.
- Die Plastikherstellung ist der energie- und rohstoffintensivste Prozess der petrochemischen Industrie. Auf sie entfallen mehr als ein Fünftel (21,9 %) des industriellen Gasverbrauchs und zwei Fünftel (37,6 %) des Ölverbrauchs in der EU. Der größte Teil wurde für die Herstellung von Kunststoffverpackungen verwendet, die 40 % des Endmarktes für Kunststoffprodukte in der EU ausmachen. Dies entspricht etwa 10 Milliarden Kubikmetern (Mrd. m<sup>3</sup>) fossilem Gas und 14 Millionen Tonnen Öl. Das war in etwa der Gasverbrauch Ungarns im Jahr 2020 und der Ölverbrauch Schwedens und Dänemarks im Jahr 2020 zusammen.
- Fast 15 % des gesamten Gasverbrauchs und 14 % des Erdölverbrauchs wurden 2020 in der EU-27 für die Herstellung von petrochemischen Erzeugnissen verwendet.
- 2020 wurden 38 % des Gases und 22 % des Öls aus Russland importiert. Die energieintensive petrochemische Industrie ist daher stark von russischen fossilen Brennstoffen abhängig.
- Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, Italien, die Niederlande und Polen sind zusammen für 77 % des gesamten Kunststoffverpackungsabfalls in der EU verantwortlich.
- Würden 50 % der Kunststoffverpackungen vermieden und eine Recyclingquote von 90 % für Kunststoffverpackungen erreicht, würde dies auf EU-Ebene zu einer Verringerung des Bedarfs an fossilem Gas um 6,2 Mrd. m<sup>3</sup> und an Öl um 8,7 Mio. Tonnen im Vergleich zu 2020 führen. Diese Zahlen entsprechen dem Gesamtverbrauch der Tschechischen Republik an Öl und Gas im Jahr 2020.

Ein "Business-as-usual"-Szenario, bei dem die Plastikindustrie eine Verdoppelung ihrer gas- und ölbasierten Produktion plant, ist unvereinbar mit der Erreichung der Ziele des "Green Deal", der verbindlichen Klimaziele zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter 1,5°C und der dringenden Notwendigkeit, unseren Öl- und Gasverbrauch und unsere Abhängigkeit zu verringern. Die EU kann sich nicht aus den zahlreichen aktuellen Krisen herauskaufen, indem sie einfach russische fossile Brennstoffe durch Importe aus anderen Regionen ersetzt. Jedes Barrel Öl oder jeder Kubikmeter fossilen Gases, das für Plastik verwendet wird, ist ein großes Hindernis auf dem Weg zur Bewältigung der Klima- und Kunststoffkrise und hindert die Befreiung von der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die Instabilität schürt und Kriege anheizt. Um die internationale Führungsrolle bei der Bekämpfung der Klima- und Plastikverschmutzungskrise wiederzuerlangen und ihre Bürger/innen vor eskalierenden Preisen und daraus resultierenden Konflikten zu schützen, muss die EU das Offensichtliche tun: die Plastikproduktion reduzieren.

### Politikmaßnahmen

- Ein erster und einfacher Schritt zur drastischen Verringerung der Produktion von Neuplastik besteht darin, dass die EU-Mitgliedstaaten die Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie und der SUPD beschleunigen und ausweiten, indem sie sich ehrgeizigere Ziele und Quoten setzen, insbesondere durch die Verabschiedung von Zielen für die Vermeidung und Mehrwegsysteme. Solche Maßnahmen werden auch den Öl- und Gasverbrauch senken.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen die Gelegenheit der Überarbeitung der PPWD nutzen, um ehrgeizige Maßnahmen zur Reduzierung von Verpackungen zu ergreifen. Dazu sollten eine Obergrenze für die in der EU insgesamt in Verkehr gebrachten Verpackungen, die schrittweise reduziert wird, und die Entwicklung von Mehrwegsystemen gehören, die durch ehrgeizige und verbindliche Mehrwegquoten unterstützt werden. Die EU sollte insbesondere in Erwägung ziehen, die PPWD zu nutzen, um weitere unnötige Verpackungen wie Portionspackungen und Umverpackungen von Obst und Gemüse zu verbieten und Überverpackungen zu untersagen.
- Die EU kann es sich nicht leisten, weitere drei Jahrzehnte zu warten, um den Verbrauch von Neuplastik in den Bereichen Verpackung, Haushaltswaren, Automobil und Bauwesen um 40 % zu reduzieren, wie es sogar in den von der Industrie unterstützten Vorschlägen von Plastics Europe und SYSTEMIQ gefordert wird. Die Reduzierung der Produktion von 50 auf 29 Megatonnen (Mt) sollte bis 2030 erreicht werden.
- Als Reaktion auf den drohenden Lieferausfall aus Russland haben sich die EU-Mitgliedstaaten darauf geeinigt, den Gasverbrauch bis zum 31. März 2023 um 15 % zu senken. Diese Maßnahme bleibt jedoch weit hinter dem zurück, was notwendig ist. Für die unmittelbare Zukunft und angesichts der in den kommenden Monaten zu erwartenden Gasknappheit müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass Notmaßnahmen den nicht tatsächlich notwendigen Öl- und Gasverbrauch der Industrie einschränken, z. B. den Anteil, der normalerweise für die Herstellung unnötiger Einwegkunststoffe und Verpackungen verwendet wird. Der Umfang solcher Beschränkungen muss das Ausmaß der Krise widerspiegeln und so umgesetzt werden, dass Arbeitnehmer/innen und einkommensschwache Haushalte geschützt werden.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen bei den Verhandlungen zur UNEA auf ehrgeizige Maßnahmen im Vorfeld drängen, einschließlich folgender Punkte: Anerkennung der Herkunft und der Rohstoffe bei der Definition des gesamten Lebenszyklus von Kunststoffen, eine globale Obergrenze für die Gesamtproduktion von Plastik und Empfehlungen zur

schrittweisen Einstellung der Kunststoffproduktion mit anfänglichen Beschränkungen der Produktion von besonders problematischen oder unnötigen Kunststoffen.

- Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen den Bau neuer Infrastrukturen für fossile Brennstoffe, einschließlich petrochemischer Anlagen, stoppen, beginnend mit einem Moratorium oder einem Genehmigungsstopp für neue Anlagen zur Herstellung von Neuplastik (z. B. Cracker).
- Die Versuche der EU und der Mitgliedstaaten, sich Öl und Gas aus Afrika, den USA und anderen Ländern zu sichern, bieten nur eine kurzfristige Lösung für ein langfristiges Problem, während sie die Klimakrise verschärfen und den Ländern und Gemeinden, in denen die Förderung stattfindet, erhebliche Umwelt- und Gesundheitskosten aufbürden. Der Versuch, die Krise zu bewältigen, muss auf der Senkung des gesamten Verbrauchs fossiler Brennstoffe beruhen und gleichzeitig die Grundlage für einen gerechten Übergang schaffen, statt den Aufbau neuer Infrastrukturen zu ermöglichen. Die Klima- und Energiediplomatie der EU sollte daher auf der Sicherung eines klimafreundlichen Energiezugangs und der Klimagerechtigkeit beruhen und dazu dienen, ihre - auch finanziellen - Verpflichtungen im Rahmen des EU Green Deal, des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und des Pariser Abkommens zu erfüllen.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen mit der europäischen petrochemischen Industrie zusammenarbeiten, um Dekarbonisierungspläne und einen Weg in eine Zukunft ohne fossile Brennstoffe zu entwickeln und einen gerechten Übergang für diesen Sektor zu schaffen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die sieben Länder mit dem größten Öl- und Gasverbrauch für die Kunststoffproduktion in der EU auch für 77 % des gesamten Kunststoffverpackungsabfalls in der EU verantwortlich sind, sollten diese Maßnahmen vorrangig in Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Polen umgesetzt werden.

*Berlin, 27. September 2022*

*Bei Fragen kontaktieren:*

*Janine Korduan, BUND-Kreislaufwirtschafts-Expertin (insbesondere bei Fragen zur deutschen Gesetzeslage und nationalen Einsparmaßnahmen) Tel.: + 49 30 275 86-433, [janine.korduan@bund.net](mailto:janine.korduan@bund.net)*

*Andy Gheorghiu, Co-Autor, Campaigner für Klima- und Umweltschutz (insbesondere bei Fragen zur Entstehung des Berichtes und LNG-Handel) Tel.: +49 160 20 30 974, [andy.gheorghiu@mail.de](mailto:andy.gheorghiu@mail.de)*

*Lili Fuhr, Stellvertretende Programmdirektorin Klima & Energie beim Center for International Environmental Law (CIEL) - (insbesondere zu internationalen Fragen, zur Rolle der Petrochemie insgesamt und zu allgemeinen Fragen zum Bericht) +49 162 9711976t, [lfuhr@ciel.org](mailto:lfuhr@ciel.org)*